

Kommentare und Berichte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **50 (1970-1971)**

Heft 3

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kommentare und Berichte

ESKALATION IN INDOCHINA UND IM NAHEN OSTEN

Die Spannungen in Südostasien und im Vorderen Orient haben sich in den vergangenen Wochen beträchtlich verschärft. Präsident Nixon hat mit seinem Eingreifen in Kambodscha dem Vietnamkonflikt eine neue Wendung gegeben. Gleichzeitig kündigt das Auftauchen sowjetischer Piloten in Ägypten eine Phase der arabisch-israelischen Konfrontation an, in der die Gefahr internationaler Verwicklungen grösser scheint als je.

Nixons Intervention in Kambodscha

Der Beschluss des amerikanischen Präsidenten, der Entwicklung in Kambodscha nicht mehr weiter tatenlos zuzusehen, sondern eine militärische Bereinigung der Situation zu suchen, kam überraschend. Seit Jahren schon haben Nordvietnamesen und Vietcong-Truppen kambodschanisches Territorium benützt, um die in Südvietnam kämpfenden kommunistischen Einheiten mit Waffen und Material zu versorgen. Der über laotisches und kambodschanisches Gebiet führende *Ho-Chi-Minh-Pfad* war schon in früheren Phasen des Südostasienskonfliktes Ziel amerikanischer Bombenangriffe gewesen. Unter der Herrschaft des Prinzen *Norodom Sihanouk*, der mit seiner undurchsichtigen neutralistischen Schaukelpolitik ein Gleichgewicht der Kräfte herzustellen und sich selbst aus den kriegerischen Verwicklungen herauszuhalten suchte, garantierte jedoch die kambodschanische Regierung, wenn auch in eigentümlicher Weise, den Amerikanern in Südvietnam eine gewisse *Flankendeckung*.

Der Sturz Sihanouks im März hat nun auch Kambodscha in den Strudel der Aus-

einandersetzungen gerissen. Die neue Regierung *Lon Nol* sah sich heftiger innerer Opposition gegenüber, die von aussen eifrig geschürt wurde. Die kommunistischen Vietnamesen erblickten in dieser Situation einen günstigen *Ansatzpunkt*, um ihren Einfluss in Kambodscha zu verstärken, und Lon Nol schien zu schwach, um ihnen auf die Dauer erfolgreich Widerstand zu leisten. Für die Vereinigten Staaten stellte sich die Frage, ob sie die Entwicklung in Kambodscha – im Zuge des Abbaues ihres Vietnam-Engagements – sich selbst überlassen oder eingreifen sollten. Nixon hat die Gefahren, die aus einer amerikanischen Tatenlosigkeit resultieren würden, für höher eingeschätzt als die auf ein militärisches Eingreifen der USA in Kambodscha zu erwartenden Reaktionen und sich zur Intervention entschlossen.

«*Begrenzte Operation*»

Nixon ist mit seinem Vorgehen bewusst ein grosses Risiko eingegangen, sowohl militärisch wie politisch. Der Beschluss, amerikanischen Truppen den Befehl zum Einmarsch nach Kambodscha zu geben, steht in Widerspruch zu der von der amerikanischen Administration seit zwei Jahren verfolgten Politik der De-Eskalation und der «Vietnamisierung» des Konfliktes. Nixon hat sich über diese Einwände hinweggesetzt und sein Vorgehen damit gerechtfertigt, dass er die Intervention von allem Anfang an zeitlich und räumlich begrenzte. Sie soll sich nur gegen die Stützpunkte und Versorgungslager der Kommunisten in *Grenznähe* richten, und sie soll bis zum 30. Juni abgeschlossen sein.

Der amerikanische Präsident hat ferner versichert, dass das Eingreifen in Kambodscha keineswegs eine Verzögerung in dem kurz zuvor angekündigten *Zeitplan* eines weiteren amerikanischen *Rückzuges aus Vietnam* bedeute. Im Gegenteil: für Nixon stellt sich die Situation so dar, dass die Vernichtung der kommunistischen Stützpunkte in der kambodschanischen Grenzzone mit einer weiteren Voraussetzung für einen rascheren Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus Vietnam schaffe.

Die Gefahren dieser Taktik liegen auf der Hand. Nixon hat sich auf einen *Wettlauf gegen die Uhr* eingelassen, und wer die Entwicklungen in Südostasien in den vergangenen Jahren verfolgt hat, weiss, dass dort andere Zeitmassstäbe anzulegen sind. Auf der anderen Seite ist das bisherige Entgegenkommen der Amerikaner, die den Nordvietnamesen und dem Vietcong gegenüber beträchtliche Vorleistungen erbracht haben, in keiner Weise honoriert worden. Nixon mag hoffen, dass er mit einer Politik der starken Hand mehr Erfolg haben und diese Sprache in Hanoi und auch in Peking eher verstanden wird als die zahlreichen Gesten der Versöhnlichkeit, auf die bisher ein vernehmbares Echo ausgeblieben ist.

Innenpolitische Widerstände

Über eine Folge seiner Aktion durfte sich Nixon keinen Illusionen hingeben: über die innenpolitischen Reaktionen. Der gegenwärtige amerikanische Präsident verdankte seine Wahl im Herbst 1968 unter anderem einer in weiten Bevölkerungskreisen verbreiteten vagen Hoffnung, dass mit einem Wechsel der Administration in Washington eine raschere Liquidation des Vietnamkonfliktes erreicht würde. Nixon hat in seiner Wahlkampagne, ohne sich auf irgend etwas festzulegen, diesen Glauben genährt und in den ersten anderthalb Jahren seiner Präsidentschaft auch den Weg weiter beschritten, den Johnson mit der Einleitung seiner De-Eskalationspolitik im März und Oktober 1968 bereits vorgezeichnet hatte.

Die Intervention in Kambodscha

musste deshalb alle jene auf den Plan rufen, denen der bisherige Abbau des amerikanischen Engagements in Südostasien nicht rasch genug gegangen ist. Im Kongress erhob sich eine laute Opposition, und die Auseinandersetzung steigerte sich in einen *Machtkampf* zwischen Legislative und Exekutive hinein, wie er in der amerikanischen Geschichte nicht unbekannt ist. Im Senat formiert sich eine Opposition, die die Gelegenheit einer umstrittenen und gefährlichen Aktion des Präsidenten ausnützen möchte, die Kompetenzen des Staatschefs zu begrenzen und dem Parlament künftig vermehrte Einflussmöglichkeiten auf wichtige aussenpolitische Entscheidungen des Weissen Hauses zu verschaffen. Die Ergebnisse ähnlicher früherer Auseinandersetzungen lassen kaum den Schluss zu, dass der Ausgang der gegenwärtigen Machtprobe anders sein wird als früher. Die amerikanische Verfassung, die dem Präsidenten für die vier Jahre seiner Amtsperiode eine überragende Stellung einräumt, hat sich in der Vergangenheit jeweils als nur schwer revidierbar erwiesen.

Das soll jedoch nicht heissen, dass das Risiko, das Nixon mit seiner Intervention in Kambodscha eingegangen ist, innenpolitisch weniger gross sei als militärisch. Der Präsident hat, wie er in seiner Rede vom 1. Mai sagte, es bewusst in Kauf genommen, dass die Wählerschaft ihm 1972 das Vertrauen verweigert, wenn seine Politik nicht den Konsens der Bevölkerung erhält. Er hat es ferner in Kauf genommen, dass die Vietnamdiskussion innerhalb der Studentenschaft, die seit zwei Jahren abgeebbt war, in alter Stärke neu aufgeflammt ist. An den amerikanischen Universitäten ist es wieder zu grossen Kundgebungen gekommen, und sie erreichten dieses Mal eine grössere Schärfe als selbst 1968. Auf dem Gelände der Universität von Kent (Ohio) sind bei einem Zusammenstoss zwischen Demonstranten und Nationalgarde vier Studenten erschossen worden – ein Ereignis, das die ganze Nation erschreckte und aufrüttelte. Nixon sucht der Welle des Widerstandes, die ihm hier entgegenrollt, dadurch zu begegnen, dass er immer wieder

unterstreicht, die Ziele von Regierung und Opposition seien grundsätzlich die gleichen – Beendigung des Engagements in Vietnam –, Differenzen beständen nur in der Wahl des Weges.

Der Präsident vertraut auf die von ihm so oft beschworene «schweigende Mehrheit», die sich dagegen aufbäumt, dass Amerika in Südostasien eine demütigende Niederlage hinnimmt mit allen ihren unabhsehbaren Folgen für die Vereinigten Staaten und die ganze freie Welt. Ob diese «schweigende Mehrheit» stark genug sein wird, Nixon die Phase der *Vertrauenskrise* durchstehen zu lassen, die mit der Intervention in Kambodscha aufgebrochen ist, wird die Zukunft zeigen. Johnson ist seinerzeit an diesem «credibility gap» gescheitert; Nixon mag hoffen, genügend Lehren aus den Fehlern seines Vorgängers gezogen zu haben, um die gegenwärtige Krise zu meistern.

Moskaus Engagement im Nahen Osten

Über der dramatischen Entwicklung der Ereignisse in Südostasien und den daraus für die Vereinigten Staaten resultierenden innenpolitischen Konflagrationen ist der Konflikt im *Nahen Osten* für Washington zunächst in den Hintergrund getreten. Es wird sich jedoch auf die Dauer nicht vermeiden lassen, dass die USA auch hier ihre Politik neu überprüfen. Im Willen, jede Verschärfung zu vermeiden, hat Nixon vor einigen Wochen beschlossen, die Lieferung weiterer Phantom-Flugzeuge nach Israel vorläufig zu stoppen. Die Überlegenheit der israelischen Luftwaffe scheint im Augenblick so gross, dass jede Verstärkung eine entscheidende *Verlagerung des Gleichgewichtes* mit sich bringen könnte.

Es ist klar, dass diese Kräfteverteilung nicht von Dauer sein wird. Die Sowjetunion hat in den vergangenen Monaten durch ihre Lieferungen an Waffen und Material das arabische Rüstungspotential in einer Weise verstärkt, die auf lange Sicht für Israel eine *schwere Bedrohung* darstellt. Nachdem schon die Installation von *SAM-3-Raketen* den Willen Moskaus demon-

strierte, die sowjetische Präsenz im östlichen Mittelmeer zu verstärken, musste die Meldung über den Einsatz *sowjetischer Piloten* alarmierend wirken. Die Gefahr einer direkten Verwicklung Russlands in den Konflikt ist damit beträchtlich gestiegen – für Israel gleichzeitig das Risiko, sich in naher Zukunft einem neuen, übermächtigen Gegner gegenüberzustehen, dem es mit seinen Kräften bei weitem nicht gewachsen ist.

Die Ziele des Kremls im Nahen Osten scheinen freilich begrenzter Natur zu sein. Es ist schwer vorstellbar, dass die Sowjetunion den Konflikt zum äussersten zu treiben gewillt ist und damit automatisch ein verstärktes Engagement der Amerikaner provoziert. Die gegenwärtige Situation des schwelenden Krieges, der das arabische Kriegspotential abnützt und damit die Araber in immer stärkere Abhängigkeit von Moskau verstrickt, während auf der anderen Seite Israel gezwungen ist, in dauernder militärischer Bereitschaft zu sein, bringt für die Russen eine so grosse Reihe von Vorteilen mit sich, dass es für sie ein reines *Abenteuer* wäre, auf eine Zuspitzung der Situation hinzuwirken. Der Topf soll am Brodeln erhalten bleiben. Nur so kann die Sowjetunion ihre Position ausbauen und sich eine Stellung im Mittelmeer schaffen, welche die Amerikaner zu dauernder Aufmerksamkeit und Kräfteinsatz zwingt.

Für Israel bedeutet das, dass die Hoffnung auf einen *Frieden* mit den Nachbarn und auf gesicherte Grenzen für absehbare Zeit praktisch zunichte gemacht ist. Der jüdische Staat muss sich damit abfinden, weiterhin in jener *labilen Situation* zu leben wie seit der Gründung im Jahre 1948. Für Israel kompliziert sich die Lage noch dadurch, dass es seit dem Sechstagekrieg eine weitere Million Araber in seinem Herrschaftsbereich hat, die für die innere Sicherheit des Staates eine schwere Belastung bedeuten. Die augenblickliche Ruhe in den besetzten Gebieten kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die latenten Spannungen weiter bestehen, trotz liberaler Besetzungspolitik und verstärkter wirt-

schaftlicher Hilfe an die arabische Bevölkerung in Gaza und in Cis-Jordanien. Der glänzende militärische Erfolg von 1967 hat angesichts der arabischen Intransigenz den Israeli jene Existenzsicherung, die sie sich von ihm erhofften, nicht verschafft.

Mehr und mehr droht der Sieg zur immer schwerer tragbaren Last zu werden, eine Spekulation, auf die die arabischen Staaten in ihrem Vernichtungskampf gegen Israel heute ihre ganze Hoffnung setzen.

Fabius

DIE NATO UND SPANIEN

Folgerungen aus dem amerikanischen Disengagement

Obwohl Präsident Nixon in seinem am 18. Februar dem Kongress vorgelegten Bericht bestätigte, dass die Vereinigten Staaten ihre gegenwärtige Truppenstärke in Europa noch «mindestens bis Mitte 1971» beibehalten würden, muss doch Aussenminister Rogers' jüngste Erklärung vom 17. März als eine eindringliche Warnung an alle jene betrachtet werden, die für die Verteidigung Europas verantwortlich sind. Laut Rogers werde man nämlich nächstes Jahr ernsthaft erwägen, die Zahl der amerikanischen Truppen in Europa zu reduzieren. Angesichts der in Amerika stets lauter erhobenen Forderung nach einem grösseren Truppenabzug aus Europa, welcher sich schliesslich leicht in der Grössenordnung von 50000 bis 100000 Mann bewegen dürfte, muss man diese Warnung in der Tat sehr ernst nehmen.

Da nun ein schrittweises Disengagement der USA von Europa offenbar so gut wie feststeht, erscheint das heute schon unzureichende Verteidigungspotential der NATO für die Zukunft in einem noch trüberem Licht. Hier vermögen keine improvisierten und homöopathischen Massnahmen Abhilfe zu schaffen. Vielmehr sollten europäische Soldaten an die Stelle der amerikanischen Truppen treten. Die immer ausgeprägtere Abhängigkeit vom frühen Gebrauch taktischer Atomwaffen – als Ersatz für Truppen und konventionelle Waffen – liesse den NATO-Führern im Kriegsfall nur noch zwei Möglichkeiten zur Wahl offen:

Entweder riskieren sie den frühen Einsatz taktischer Kernwaffen und damit den Ausbruch eines thermonuklearen Krieges, oder sie finden sich mit einer demütigenden Kapitulation ab.

Folglich bildet heute der Aufbau einer genügend starken konventionellen Streitmacht in Europa, welche die Strategie der «flexiblen Vergeltung» überhaupt noch sinnvoll erscheinen lassen würde, eine Aufgabe, von deren Lösung das Überleben unseres Kontinents abhängt. Aber trotz der ungünstigen militärischen Situation, die sich infolge der sowjetischen Besetzung der Tschechoslowakei und des bevorstehenden Rückzugs der amerikanischen Truppen aus Europa noch verschlimmert hat, ist es zur Zeit kaum wahrscheinlich, dass die europäischen Verbündeten der Vereinigten Staaten irgendwelche ernsthaften Anstrengungen unternehmen werden, ihre mit konventionellen Waffen ausgerüsteten Truppen zu verstärken oder Organisationen nach dem Beispiel der schweizerischen Milizarmee aufzustellen, welche im Kriegsfall sofort als ein Reservoir von ausgebildeten Reservetruppen benützt werden könnten.

Spanien – ein Truppenreservoir

Niemand, dessen Blick nicht durch politische Scheuklappen eingeengt ist, wird übersehen können, dass Spanien ein solches bisher unbenütztes Reservoir von ausgebildeten Truppen darstellt. Dieses Land verfügt über ein recht beträchtliches militärisches

Potential. Wie aus der vom Institute of Strategic Studies in London veröffentlichten Zusammenstellung «The Military Balance: 1969–1970» hervorgeht, hält das Land in Friedenszeiten 280000 Mann unter den Fahnen. Diese sind folgendermassen organisiert: eine Panzerdivision, eine mechanisierte und eine motorisierte Infanteriedivision, zwei Gebirgsdivisionen, zehn selbständige Infanteriebrigaden, eine Kavalleriebrigade, eine Gebirgsbrigade, eine Fallschirm- und eine Luftlandebrigade und zwei Artilleriebrigaden. Die Marine verfügt über rund achtzig Kriegsschiffe, ferner über drei Helikopterschwadronen und ein Marinekorps von etwa neuntausend Mann. Die Luftwaffe zählt 186 moderne Flugzeuge. Dabei kann die Armee im Kriegsfall total vierzig Divisionen und zusätzliche Spezialeinheiten mobilisieren, und sowohl die Marine als auch die Luftwaffe vermögen ihre Effektivbestände mindestens zu verdoppeln. Spanien bemüht sich mit Erfolg, die Qualität seines Kriegsmaterials zu verbessern, wie sich aus dem jüngst getätigten Kauf französischer «Mirage»-Flugzeuge und moderner deutscher Panzer vom Typ «Leopard» ersehen liess.

Sollte eine konventionelle Streitmacht von so beträchtlicher Stärke in die NATO integriert werden, so würde sich das bestehende militärische Ungleichgewicht in Europa natürlich entscheidend verändern. In Madrid erklärten mir meine Gesprächspartner, im Falle einer Aufnahme Spaniens in die NATO würde die spanische Grenze nicht mehr auf den Pyrenäen, sondern an der Elbe liegen. Dies heisst, dass Spanien durchaus bereit wäre, mehrere Einheiten in Deutschland unter dem Oberkommando der NATO für Europa (SACEUR) zu stationieren und seine militärischen Planungen mit denen des Obersten Alliierten Hauptquartiers in Europa (SHAPE) zu koordinieren. Gleichermassen wäre Spaniens militärischer Beitrag zur See höchst nützlich, um das Flottengleichgewicht im Mittelmeer wieder herzustellen.

An dieser Stelle muss nun allerdings darauf hingewiesen werden, dass der Wiedereintritt Frankreichs in die NATO die

absolut unerlässliche Voraussetzung für einen wirkungsvollen Beitrag Spaniens darstellt. Denn alle Verbindungslinien zwischen den spanischen Einheiten in Deutschland und ihrer Heimat würden ja durch Frankreich führen.

Durch einen Beitritt Spaniens zur NATO liesse sich nicht nur die Lücke füllen, welche eines Tages infolge des Abzugs der amerikanischen Truppen aus Europa entstehen wird; auch das konventionelle Kriegspotential der NATO liesse sich auf diese Weise verstärken. Damit ergäben sich auch günstigere Voraussetzungen für Verhandlungen mit dem Warschauerpakt über gegenseitig vereinbarte Massnahmen zur Reduzierung der Streitkräfte auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs. Seit der Konferenz des NATO-Rates in Reykjavik im Juni 1968 bis heute stiessen alle noch so dramatischen Appelle der NATO zur beidseitigen Verminderung der Truppenstärken bei den sowjetischen Führern auf taube Ohren.

Annäherung an die NATO ...

Schon 1951 erkannte man in den Vereinigten Staaten die strategische Bedeutung Spaniens. Damals nahm nämlich Staatssekretär Dean Acheson die diplomatischen Beziehungen der USA mit diesem Land wieder auf. Diesem ersten Schritt folgte im Jahre 1953 die Unterzeichnung des für zehn Jahre gültigen amerikanisch-spanischen Vertrags. Aufgrund dieses Abkommens erhielten die Vereinigten Staaten das Recht, auf spanischem Territorium fünf Luftstützpunkte und eine Flottenbasis zu errichten. Dieser Vertrag wurde 1963 in ein für fünf Jahre gültiges Militärbündnis umgewandelt. Kürzlich wurde es nochmals um fünf Jahre verlängert. Während der Gültigkeitsdauer des ersten Vertrages erhielt Spanien rund 1,2 bis 1,3 Milliarden Dollar und ferner militärisches Rüstungsmaterial in beträchtlicher Menge aus den USA.

Spanien bedurfte dringend der finanziellen Unterstützung aus den Vereinigten

Staaten, befand sich doch das Land nach dem letzten Krieg in einer fast verzweifelten wirtschaftlichen Situation. Seine Lage wurde noch dadurch verschlimmert, dass ihm die Vorteile der Marshallplanhilfe vorenthalten blieben. Als George Marshall 1947 mit seinem Plan vor die Öffentlichkeit trat, war er sich offenbar nicht im klaren darüber, dass vor allem im Mittleren Osten der Zweite Weltkrieg einen anderen Ausgang genommen hätte, wenn Franco Hitlers Schmeicheleien erlegen wäre und den deutschen Truppen den Durchmarsch durch spanisches Hoheitsgebiet erlaubt hätte; denn damit wäre der Fall Gibraltars so gut wie sicher gewesen.

Heute befindet sich Spanien in einem erstaunlichen wirtschaftlichen Aufschwung, und die Spanier zeigen sich weniger als früher an amerikanischem Geld interessiert. Zugleich empfinden sie angesichts des bedrohlich wachsenden Atomwaffenpotentials Sowjetrusslands ein gewisses Unbehagen über ihr Militärbündnis mit den Vereinigten Staaten und über die Existenz amerikanischer Stützpunkte auf ihrem Territorium. Sie glauben, ihr Land sei mehr als je zuvor allen Risiken ausgesetzt, die sich aus einem von der Sowjetunion gegen die amerikanischen Militärbasen unternommenen atomaren Präventivschlag ergeben könnten. Diese Überlegung bildet auch einen der Gründe für die Schliessung des etwa 25 Kilometer von Madrid entfernten amerikanischen Luftstützpunktes von Torrejon. Ferner wurde Spanien durch den Vertrag mit den USA von 1953 indirekt mit der NATO verbunden. Heute beklagen sich nun die Spanier darüber, dass sie im Falle eines russischen Angriffs nicht auf den Beistand der NATO rechnen könnten. Nach ihrer Ansicht hat Spanien zwar beträchtliche Verbindlichkeiten und die damit verbundenen Risiken übernommen, ohne dass es sich dafür entsprechende Vorteile verschafft hätte.

Die Spanier beobachten mit wachsender Besorgnis das russische Vordringen im Mittleren Osten und besonders im Mittelmeer. Es verdient einen besonderen Hinweis, dass die spanische Marine unlängst

zusammen mit amerikanischen und portugiesischen Seestreitkräften an gemeinsamen Flottenmanövern teilnahm. Leider schenkte aber die westliche Presse diesem Ereignis keine besondere Aufmerksamkeit.

... und neue Skepsis

Die Spanier waren seit jeher ein stolzes Volk. Heute fühlen sie sich in wirtschaftlichen Belangen stärker und unabhängiger. Ebenso sind sie angesichts der heutigen Lage auf dem Schauplatz der internationalen Politik der Meinung, für ihr Land sei nunmehr die Zeit gekommen, aus der politischen Isolation und Stagnation herauszutreten und eine gewichtigere Rolle in den grossen Fragen der Weltpolitik zu spielen. Sie haben es gründlich satt, dass die europäischen Sozialisten, namentlich in Skandinavien, so selbstgefällig und überheblich auf sie herabschauen und das Geschehen der dreissiger Jahre nicht vergessen können. Spaniens Beitritt zur NATO, so behaupten sie, wäre schon längst erfolgt, wenn im Land irgendeine linksgerichtete Regierung an die Macht gekommen wäre.

Angesichts dieses Bewusstseinswandels erscheint den Spaniern die Mitgliedschaft in der NATO immer weniger verlockend, und der Nordatlantikpakt hat viel von seiner einst geradezu magnetischen Anziehungskraft verloren. Überdies betrachten die führenden spanischen Militärs mit wachsender Skepsis das allmähliche Zerbröckeln der Schlagkraft der NATO. Diese Entwicklung springt besonders dann ins Auge, wenn man sich gleichzeitig an den von der Sowjetunion vorangetriebenen Ausbau ihres atomaren und konventionellen Rüstungspotentials erinnert.

«Das Mittelmeer – ein Meer des Friedens»

All dies führt dazu, dass man heute in Spanien nach neuen Alternativen Ausschau hält. Auch hier hört man zuweilen das unlängst von Boumedienne und von

Tito während seiner letzten Afrikareise formulierte Schlagwort: «Das Mittelmeer – ein Meer des Friedens.» Übrigens lassen sich die Ursprünge dieses Slogans mit Sicherheit bis an den Quai d'Orsay zurückverfolgen. Der kürzliche Besuch des dynamischen neuen spanischen Aussenministers Lopez Bravo in Paris und seine langen Gespräche mit Präsident Pompidou standen zweifellos in engem Zusammenhang mit der politischen Initiative Frankreichs in dieser Richtung. Könnte Frankreich hier Erfolge erzielen, so würde dies zu einer französischen «Führerrolle» im Mittelmeer und zu gegebener Zeit zum Rückzug der beiden Supermächte aus dieser Region führen.

Auf jeden Fall wäre der oben vorgezeichnete Gang der Dinge einem wachsenden Einvernehmen mit dem sowjetischen Machtblock, das sich während den letzten Jahren ohnehin immer deutlicher abzeichnete, vorzuziehen. Auf seiner Heimreise von den Philippinen besuchte Lopez Bravo Moskau und hatte dort eine mehrstündige Unterredung mit seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko. Kontakte dieser Art könnten zu einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern führen, die vor über dreissig Jahren abgebrochen worden waren. Auch könnte das Handelsvolumen zwischen den beiden Staaten gesteigert und die kulturellen Beziehungen intensiviert werden. Ohne Zweifel kamen die beiden Aussenminister auf zahlreiche Themen von gemeinsamem Interesse zu sprechen. Dazu gehört etwa die beiden gemeinsame Abnei-

gung gegenüber Israel und ihre beträchtlichen Sympathien für die Araber, die – was Spanien anbelangt – vor vielen Jahren als erste Francos Regime anerkannten. Auf alle Fälle könnte selbst ein beschränktes spanisch-russisches Zusammengehen auf den Westen beunruhigend wirken, namentlich wenn dieser seine Interessen im Mittelmeer bedroht sähe.

Offene Zukunft

Spanien stehen heute mehrere aussenpolitische Möglichkeiten offen. Dabei ist die Mitgliedschaft bei der NATO nur *eine* unter verschiedenen Varianten. Nebst allen Vorteilen, welche ein Beitritt Spaniens zur NATO mit sich bringen würde, könnte ein solcher Schritt auch zur Lösung des dornenvollen Gibraltar-Problems beitragen, einer Streitfrage, welche das Klima zwischen Grossbritannien und Spanien schon seit langem vergiftet. Sollte Spanien anderseits von den westlichen Gemeinschaften ferngehalten werden, so fiel es seiner Regierung leicht, in den Vereinten Nationen eine mächtige, gegen Grossbritannien und seine Gibraltarpolitik agitierende «Lobby» zu mobilisieren und auch die Unterstützung der Sowjetunion zu gewinnen. Nichts könnte die Sowjetführer im Kreml mit mehr Befriedigung erfüllen als eine solche Kontroverse, welche die im Westen bestehenden Spannungen verschärfen und damit seine Einheit weiter schwächen würde.

Eugene Hinterhoff

MALAISE IN AMERIKA

Wer ist Richard Nixon?

Man wird von gemischten Gefühlen erfaßt, wenn man nach einem mehrmonatigen Aufenthalt in den unterentwickelten Gebieten der Welt – in Afrika und Südost-

asien – in die Vereinigten Staaten zurückkehrt und dort mehr Grund zur Besorgnis, weiter verbreitete allgemeine Unruhe und mehr verängstigte Leute findet als in dem von Armut und Not geplagten Indonesien oder in dem von Guerillas bedrohten

Thailand. Natürlich ist das heute in den Vereinigten Staaten um sich greifende «Malaise» zum Teil auf den schon weit gediehenen Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung in den Schulen und Universitäten, im Geschäftsleben und auf den Strassen zurückzuführen. Aber in engem Zusammenhang mit diesem Problem steht die in der Öffentlichkeit erhobene Frage nach Präsident Nixons «wahrer Identität», nach seinem «politischen Profil». Das Land hat sich so sehr an die von der Demokratischen Partei gestellten Präsidenten und ihre Rhetorik gewöhnt, dass Nixon, nach einer Amtszeit von schon bald 18 Monaten, sowohl für seine Anhänger als auch für seine Gegner in mancher Beziehung noch ein Rätsel darstellt.

In den Reihen der Republikaner zirkulieren aufmunternde Redensarten über die Gesinnung des Präsidenten, und einige versteigen sich sogar zur Behauptung, die Nixon-Administration sei «restaurativ-konstruktiv», was immer dies auch im heutigen Amerika heissen mag. Demokraten und Liberale – an erster Stelle unter ihnen James Reston von der «New York Times» – verwenden seit einiger Zeit eine raffinierte Kombination eiskalter Höflichkeit und ätzender Kritik, wenn nicht der Form, so doch sicherlich dem Inhalt nach. Sie geben vor, das «Manövriertalent» des Präsidenten zu bewundern, eine Ausdrucksweise, die wohl eher einer etwas höflicheren Formulierung der alten Vorwürfe gegen den «tricky Dick», den «ränkevollen Richard», gleichkommt, die man während zwei Jahrzehnten hören konnte.

Vorderhand sind folgende Tatsachen festzuhalten: Das Budget des Landes weist trotz der versprochenen Sparmassnahmen einen grösseren Umfang als je zuvor auf; das öffentliche Wohlfahrtsprogramm beansprucht immer mehr Mittel; Inflation und Streiks sind noch nicht unter Kontrolle gebracht worden; der Rückzug aus Vietnam ist im Gange. Das Publikum fragt sich: Was hat sich seit Präsident Johnsons Zeiten geändert? Mit der gegenwärtigen Lage in Vietnam vermögen sich weder die Befürworter eines militärischen Sieges

noch die Anhänger eines sofortigen Abzugs zu befreunden, und keine noch so geschickte «Manövriertkunst» wird dazu beitragen, die Wogen dieser tiefgreifenden Auseinandersetzung zu glätten. Vor allem aber ist es die innenpolitische Lage, die am meisten Grund zur Beunruhigung gibt, und nur Linksextremisten sehen hier einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem Engagement der USA im Vietnamkrieg.

Wie bereits erwähnt, ist zwar das Bewusstsein der Nation durch die Herrschaft der Demokratischen Partei während mehr als einer Generation geprägt worden; dennoch hiess die öffentliche Meinung im Januar 1969 eine Änderung willkommen. Was sie im Grunde erwartete, war eine neue, aber verbesserte Auflage von Präsident Eisenhowers mittlerem politischem Kurs. Da Nixon noch relativ jung ist und über beträchtliche politische Erfahrung verfügt, erhoffte man eine dynamischere Politik in dieser Richtung. Dazu möchte ich aber mit aller Entschiedenheit sagen, dass heute kein mittlerer politischer Kurs mit Aussicht auf Erfolg geführt werden kann. Ironischerweise nannte man Nixons Budget «in seiner Quintessenz zwischen links und rechts», was angesichts der heutigen Lage heisst, dass es niemanden zu befriedigen vermag, dies wohl deshalb, weil die Nation – trotz des offiziell heraufbeschworenen Leitbildes – nicht mehr in ihrer Gesamtheit in einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Tradition und Veränderung steht. Die republikanischen Leitartikler Stanton Evans und Ralph Toledano wiesen unabhängig voneinander darauf hin, dass der Präsident tatsächlich insoweit in der Mitte steht, als er sich im Brennpunkt widerstreitender Meinungen und Kräfte befindet. Aber gerade deswegen kann er dem Geschehen nicht mehr seinen Stempel aufdrücken; er wird vielmehr seinerseits von den Ereignissen geführt.

Zerfall der Ordnung

Die offizielle republikanische Rhetorik, die pathetischen Botschaften an die Nation

und an die Welt über Frieden, Aussenpolitik und südostasiatische «Doktrinen» rufen im besten Fall ein gelangweiltes Lächeln hervor. Das seltsame Gefühl, das mich bei meiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten überkam, lässt sich am besten in folgenden Worten fassen: Während sich die Mehrheit der Bevölkerung einredet, alles sei wie gewöhnlich, wird das Land zur Zeit in atemraubendem Tempo radikalisiert. In dieser puritanischen Gesellschaft verbreitet sich eine «*carpe diem*-Einstellung», da niemand weiss, was der nächste Tag bringen wird. Streikende Arbeiter verlangen nicht mehr nur Gehaltsanpassungen; vielmehr bestehen sie – die Totengräber, Schleppbootmannschaften, Lastwagenchauffeure und Transportarbeiter – auf Lohnerhöhungen zwischen 75 und 100 Prozent. Wohl wissen sie, dass solche Forderungen die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft übersteigen. Sie ziehen es aber vor, heute ein grosses Stück aus dem Kuchen herauszuschneiden, als morgen überhaupt keinen Kuchen mehr zu bekommen. Oder wenden wir uns den Versicherungsgesellschaften zu: Viele unter ihnen liquidieren ihr Geschäft, während andere entweder ihre Verträge mit kleineren Firmen und Einzelhändlern kündigen oder aber so hohe Prämien verlangen, dass letztere sie gar nicht mehr bezahlen können. Ein Grund dafür liegt in der Inflation, aber der tieferliegende Grund besteht im Zerfall der allgemeinen Sicherheit. Ich weiss von Geschäften in vielen Gegenden – von Drogerien, Lebensmittelgeschäften, Cafés und anderen Betrieben in Stadtzentren und in Aussenquartieren –, deren Inhaber während Jahrzehnten nie die Leistungen ihrer Versicherungsgesellschaft beansprucht haben und die es jetzt dennoch erleben müssen, dass ihre Verträge gekündigt werden, weil sich ihre Lokale in einem als unsicher betrachteten Quartier befinden. So viele andere Geschäfte wurden überfallen, ausgeraubt und niedergebrannt, ihre Besitzer verwundet oder umgebracht, dass die Versicherungsgesellschaften lieber treue Kunden verlieren als weiterhin das Risiko zu tragen, grosse Geldsummen auszuzahlen, wenn die

gefürchtete Stunde einmal schlagen sollte.

Unter den Gewaltakten haben heute nicht nur Geschäfte, sondern auch der einzelne Bürger in seiner Wohnung oder auf der Strasse zu leiden, und oft richten sie sich gegen Gebäude; das zeigen die vielen im ganzen Lande gegen Telefongesellschaften, Banken, IBM-Niederlassungen etc. verübten Bombenanschläge. All das geht nicht allein auf das Konto militanter extremistischer Neger. Ebenso häufig werden Gewaltakte von weissen oder mindestens gemischten Studentengruppen verübt. Die ganze Nation kann vor dem Fernsehschirm mit Empörung und lähmendem Entsetzen zusehen, wie sich Studenten einerseits und Polizisten und Nationalgardisten andererseits regelrechte Schlachten liefern, die manchmal tage- oder wochenlang andauern. Diese Schlachten werden fortwährend variantenreicher. Sowohl die Polizei als auch die Studenten eignen sich neue Kampfmethoden an. Letztere scheinen eigens geschulte Strassenkampf-instruktoren aus Kuba und andern Ländern in ihren Reihen zu haben. Selbst in Fällen, wo es nicht zur extremen Gewaltanwendung kommt, vermögen «friedliche Proteste» noch genügend Furcht einzufliessen. Ein Durchschnittsbürger wird sich kaum je in die Nähe einer Universität begeben, solange ihn nicht berufliche Gründe dazu zwingen. Denn dort protestieren randalierende Studenten gegen eine unglaublich grosse Zahl angeblicher Missstände. «Friedlich» bedeutet in solchen Fällen, dass man die Polizei nicht kommen lässt oder dass die Polizisten abseits stehen, solange die Jugendlichen Fensterscheiben einschlagen, Büroräumlichkeiten stürmen, das Büropersonal drangsalieren und ihrer Zerstörungswut im ganzen Gebäude freien Lauf lassen. Von Santa Barbara an der Pazifikküste nahe der mexikanischen Grenze bis zur Universität von Buffalo unmittelbar an der kanadischen Grenze im Nordosten bilden solche Vorkommnisse die Regel und nicht etwa die Ausnahme. Der Rektor der Harvard-Universität, Nathan Pusey – er tritt jetzt vor dem Ablauf seiner Amtszeit zurück –, verkündete anlässlich

der Semesterschlussfeier den versammelten Eltern und Studenten mit trauriger Stimme, dass nicht er, sondern der jugendliche Präsident der lokalen Sektion der «Studenten für eine Demokratische Gesellschaft» (Students for a Democratic Society, SDS) die Festansprache halten werde. Darauf hielt ein elegant gekleideter junger Mann eine Rede in tadellosem Boston-Englisch. Darin bezeichnete er Harvard als einen «Schweinestall», als einen Hort des Faschismus, gerade noch gut genug, um niedergebrannt zu werden.

Harvard bedeutet für die Vereinigten Staaten, was Oxford und Cambridge zusammen für Grossbritannien bedeuten, nämlich die Hochburg der Gelehrsamkeit und des wissenschaftlichen Prestiges. Heute spielt sich ein wahrer Exodus bedeutender Professoren verschiedener Fakultäten ab, und die zweitklassigen Leute, die noch bleiben, sind zu sehr in politische Streitereien verstrickt, als dass sie den Anforderungen eines anspruchsvollen Lehrbetriebs im Interesse der guten Studenten genügen könnten. Gleiches gilt für Berkeley, Columbia und andere Universitäten. Es ist durchaus möglich, dass die bestqualifizierten Professoren um vorzeitige Pensionierung nachsuchen und mit Hilfe von Forschungsstipendien privater Stiftungen weiterarbeiten.

Die Demokraten im Angriff

Natürlich weiss die Demokratische Partei um die Unzufriedenheit, die in allen Schichten der Gesellschaft und ihrer Institutionen herrscht. Zwar hat sie sich bis jetzt unter der sehr schwachen Führung Hubert Humphreys noch nicht richtig in ihre neue Rolle als Oppositionspartei eingelebt, doch gibt sich die Nixon-Administration so viele Blößen, dass demokratische Politiker nun ernsthaft zum Angriff übergehen können. Da Vietnam zur Zeit nicht das Hauptthema der öffentlichen Diskussion ist, wenden sich diese Politiker andern Dingen zu. Sie kreiden Nixon seinen Konservatismus an, vor allem seine

Weigerung, die Bürgerrechtsgesetzgebung voranzutreiben; sie tadeln die Ernennung von «legal reconstructionists» – das heisst von Richtern, die das bestehende Recht interpretieren, aber kein neues Recht schaffen – zu Richtern des Obersten Bundesgerichtes; sie kritisieren die Kürzung des Erziehungssetats und eine ganze Reihe anderer, halb wahrer und halb erfundener Probleme, die während Jahrzehnten auf demagogische Weise hochgespielt wurden und daher heute weiter nichts als hohle Schlagworte sind. Der Hauptvorwurf aber, der bei der Öffentlichkeit auf offene Ohren trifft, ist jener der Inflation. Aber gerade in dieser Angelegenheit hat Präsident Nixon eine Situation vorgefunden, die dank den Machenschaften der gleichen Leute, die ihn heute deswegen tadeln, fast hoffnungslos verfahren ist: Zu einem guten Teil geht die jetzige Lage nämlich auf das Konto von Politikern vom Schlage der Kennedys, Muskies, McGoverns, Humphreys und Lindsays.

Ein sprechendes Beispiel für diese überaus verwirrende Lage bildet die Behandlung der Unterstützungsberechtigten. Im unterentwickelten Mexiko, Amerikas armem Nachbar im Süden, müssen die Unterstützungsbedürftigen im Dienst der öffentlichen Hand Arbeit leisten, und sie werden dafür bezahlt. Man begründet dieses Verfahren mit Überlegungen sowohl finanzieller als auch rein menschlicher Art. Die mexikanische Regierung ist nämlich der Auffassung, dass Leute, die arbeiten, einen höheren Grad von Selbstachtung haben als Empfänger öffentlicher Geldmittel, die keine Gegenleistung erbringen. Die amerikanische Regierung, die Behörden der Einzelstaaten und der Gemeinden wissen dies vermutlich auch. Aber kein Politiker würde es wagen, mit einem ähnlichen Vorschlag hervorzutreten, um auf diese Weise die enormen Kosten der öffentlichen Armenhilfe etwas zu vermindern. Sollte er es dennoch tun, so würde er sofort als reaktionärer Ausbeuter der Armen gebrandmarkt und des Rassismus oder anderer Verbrechen bezichtigt.

Die Regierung Nixon versuchte, das

Problem ähnlich wie die Mexikaner zu lösen. Zu diesem Zweck entwickelte sie ein ehrgeiziges Schulungs- und Ausbildungsprogramm für die angeblich Unterprivilegierten, Arbeitslosen usw. Die wirklich Arbeitslosen sollten hingegen weiterhin von der öffentlichen Hand unterstützt werden. Die Resultate waren höchst entmutigend: Wie aus einer lokalen Statistik hervorgeht, verliessen von 7000 neu ausgebildeten Leuten über 6000 ihren Arbeitsplatz noch vor Ablauf eines Jahres. Als Gründe gaben sie an, sie müssten ihre Kinder betreuen, wollten ihre betagten Eltern nicht im Stich lassen oder seien für ihre neue Arbeit unzulänglich vorbereitet; zuweilen vermochten sie auch überhaupt keine Gründe zu nennen. Mittlerweile haben grosse Geschäftsunternehmen ein Kreditkartensystem für Unterstützungsberechtigte entwickelt, sind sie doch der Meinung, diese Leute bildeten ein grosses und bis jetzt noch nicht ausgeschöpftes Käuferreservoir, eine neue Konsumentengruppe.

Ähnliche Beispiele gibt es in grosser Zahl, und die Presse wie auch die Politiker in ihren Reden dramatisieren die Probleme auf eine Art und Weise, die einer nüchternen Betrachtung alles andere als förderlich ist. Ein sprechendes Beispiel ist der Fall des Harvard-Soziologen Daniel Moynihan, der als Berater für Bürgerrechts- und Negerangelegenheiten in die Regierung Nixon eintrat. Niemand kann Moynihan, einen Schützling John F. Kennedys, reaktionärer Ansichten bezichtigen, aber allein die Tatsache, dass er bereit war, mit den Republikanern zusammenzuarbeiten, hat ihn in den Reihen der Linksliberalen und der militanten Schwarzen in Verruf gebracht. Kaum hatte er seinerzeit empfohlen, man solle die Negerfrage nicht unablässig hochspielen, als auch schon eine gross angelegte Offensive gegen ihn ins Rollen kam. Man schlug den Sack und meinte den Esel, denn selbstverständlich war Präsident Nixon das eigentliche Ziel der Angriffe. Die ganze Episode ist bezeichnend für die von Schlagworten und unverhüllter Demagogie erfüllte Atmosphäre.

Fatale Entwicklungen

Schon seit jeher galten die Vereinigten Staaten als ein Land, dessen Entwicklung sich nicht voraussagen liess. Angesichts der heutigen Situation fällt es besonders schwer, irgendwelche Prognosen zu stellen. Dennoch scheint zur Zeit eine Art von Nemesis erkennbar zu werden: Das Land, welches die Erziehung zu einem Gegenstand fast religiöser Verehrung erhoben hat, muss heute erleben, wie sich seine höheren Schulen und Universitäten zu Zentren der Anti-Erziehung, der Revolution und des Rauschgiftkonsums verwandeln. Das Land, welches der Welt seit 1945 die Gleichberechtigung der Rassen predigt, ist heute selbst Schauplatz des Rassenkampfes. Die einst auf ihre Rechtssprechung stolze Nation ist heute Zeuge demütigender Auftritte und Tumulte in allen Gerichtshöfen bis hinauf zum Obersten Bundesgericht.

Der Hippie-Führer Abbie Hoffman, der während den Monaten des Prozesses gegen die «Sieben von Chicago» nicht nur sich selbst einen Namen schuf, wurde kürzlich vor dem Fernsehen interviewt. Man räumte ihm nicht weniger als anderthalb Stunden ein, um seine Ansichten vorzutragen. Er «erklärte», er sei weder Marxist noch Maoist, sondern ein «heavenist», das heisst er glaube an die Verwirklichung des Himmels auf Erden. Die Vereinigten Staaten sollten sich als Pionier für dieses Ziel einsetzen. Seine Ausführungen reicherte er mit nicht wiederzugebenden obszönen Worten und Gesten an, und er propagierte dabei den alten Traum der Menschheit: Dank der technologischen Entwicklung brauche man bald nicht mehr zu arbeiten, könne die Hände in den Schoss legen und es sich wohl sein lassen. Das im Studio anwesende Publikum provozierte er systematisch mit obszönen Bemerkungen, was dieses mit wütenden Beschimpfungen quittierte. Kurz, es herrschte eine überaus gehässige Atmosphäre, die sich in ihren leidenschaftlichen Ausbrüchen und terroristischen Aspekten kaum wesentlich von den oben erwähnten Vorkommnissen anlässt.

lich der Semesterschlussfeier der Harvard-Universität unterschied. Beide Vorfälle zeigen auch, dass sich die von Nixon aufgeführte «schweigende Mehrheit» endlosen Provokationen ausgesetzt sieht, dass sie aber, ausgenommen alle zwei oder vier Jahre an den Wahlurnen, im Grunde genommen ohnmächtig bleibt. Denn in der Zeit zwischen den Wahlterminen treibt das ganze Gefüge des öffentlichen und privaten Lebens einige Schritte weiter dem Zerfall entgegen. Damit lässt es sich nicht vermeiden, dass die Wahlergebnisse der tatsächlichen Lage jeweils nicht ganz entspre-

chen. Und dabei sollte die Lage doch gerade aufgrund dieser Wahlergebnisse verbessert werden. Manche Politiker schliessen sich jeweils hurtig dem gerade vorherrschenden Trend an. Aber wie demagogisch auch immer ihre Äusserungen tönen mögen, eine noch radikalere Richtung von Extremisten wird auch sie über kurz oder lang als Anhänger des «faschistischen Establishments» beschimpfen. Im Schatten des Vietnamkrieges treibt die Schlacht um Amerika neuen Höhepunkten entgegen...

Thomas Molnar

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Aussenpolitische Bewegung

Das Politische Departement, unser Aussenministerium, wirkt normalerweise eher diskret, wie es sich für Diplomaten gehört. Die Situationen, da es in das grelle Rampenlicht öffentlicher Kontroversen gerät, sind selten; dies um so mehr, als der Komplex der Aussenhandelspolitik und vor allem auch der europäischen Integration weitgehend in die Kompetenz des Volkswirtschaftsdepartements fällt. In den letzten Wochen aber konnte sich der neue Chef unserer Aussenpolitik, Bundesrat Graber, nicht über Mangel an öffentlicher Aufmerksamkeit beklagen. Dabei ist nicht nur Positives zu berichten.

Am meisten Schlagzeilen machten wohl die Vorgänge in Havanna, wo Vertreter der schweizerischen Botschaft in grösste Bedrängnis gerieten – nicht als Exponenten unseres Landes zwar, aber doch als Sachwalter in einem Zweige unserer Aussenpolitik, der nach wie vor grossen Raum einnimmt: im Rahmen der Guten Dienste bei Mittlerstellungen in Konflikt-räumen. Unsere Vertretung in Havanna hat neben acht weiteren Ländern, die mit Kuba keine Beziehungen mehr unterhalten, auch die USA zu repräsentieren. In deren Botschaftsgebäude nun wurde ein Schwei-

zer Diplomat mit seinem Mitarbeiter in einer wohlorganisierten Belagerung dem «Druck der Strasse» ausgesetzt. Tausende von Manifestanten protestieren damit gegen die Gefangennahme von Fischern durch Exilkubaner. Einen besonderen Anstrich erhielt der Vorfall noch durch die Tatsache, dass es während Tagen unmöglich war, eine schweizerische Protestnote «an den Mann» zu bringen, weil auf der kubanischen Botschaft in Bern kein zuständiger Diplomat zur Entgegennahme zu finden war. Andere Länder, andere Sitten!

Reibungsloser ist offenbar ein «Guter Dienst» in Südostasien abgelaufen. Dort hatten sich nach Abbruch der Beziehungen zwischen Kambodscha und Rotchina Schwierigkeiten beim Austausch der Diplomaten ergeben. Durch Vermittlung der Schweiz und mit Hilfe der Swissair konnte die Aktion schliesslich ruhig abgewickelt werden.

Weniger gute Noten verdiente sich unsere Diplomatie offensichtlich in Brasilien, wo ein Doppelbürger schweizerischer Herkunft in Bedrängnis geraten war. Der schweizerischen Vertretung wird der Vorwurf gemacht, dessen Interessen zu wenig nachdrücklich gewahrt zu haben. Entsprechende Instruktionen aus Bern und

vorzeitiger Ferienabbruch des Botschafters waren die Massnahmen, mit denen das Departement auch hier recht prompt reagierte.

Das Fazit aus den bewegten Tagen rund um Pfingsten lautet dahin, dass sich der neue Chef offensichtlich gut zurechtfindet. Andererseits wird im Bundeshaus betont, dass der personelle Stab für solche Druckperioden zahlenmässig als ungenügend erscheint.

Wolken über dem Arbeitsmarkt

Der schweizerische Arbeitsmarkt ist unruhig. Die «Schwarzenbach-Initiative» ist dabei nicht die einzige Initialzündung, obwohl sie die Gemüter ausserordentlich bewegt. Nachdem in diesem Frühjahr bereits in Genf ein Streik stattgefunden hatte, ist nun auch im Tessin die Belegschaft eines Unternehmens, diesmal der Schuhbranche, in Ausstand getreten. Zwar wird die Aktion von gewerkschaftlicher Seite nicht unterstützt, doch findet sie bei politischen Linksorganisationen lebhaftes Echo. Auch sind Leute am Werk, welche die Bewegung auf andere Betriebe auszuweiten trachten.

Schärfere Töne erschallen auch aus den Reihen des Bundespersonals. In Basel kam es zu einer Demonstration. Und am Eisenbahnerkongress wurden ebenfalls neue Postulate angemeldet. Der Unmut hat seinen Ursprung vor allem im wachsenden Personalmangel, der trotz besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage offenbar nicht überwunden werden kann.

Was den Abstimmungskampf um die Überfremdungsinitiative betrifft, so verläuft er im allgemeinen anständig. Das ist keine Selbstverständlichkeit, wenn man bedenkt, wie stark das Problem auch emotional belastet ist. Im übrigen herrscht bei den politischen Auguren eine beträchtliche Unsicherheit in den Prognosen. Die Überfremdungsfrage ist in vielen Kreisen zu einem Kristallisationspunkt der allgemeinen Unlustgefühle am Staat und an der Gesellschaft geworden. Deshalb besagt

die fast geschlossene Ablehnung der Initiative durch die «offizielle Schweiz» noch nichts Entscheidendes. Vor allem ist auch die Möglichkeit nicht auszuschliessen, dass viele der Urne fernbleiben werden. Damit aber steigen die Aussichten für Nationalrat Schwarzenbach und seine Gruppe. Denn die offenen und heimlichen Befürworter werden vermutlich strammer stimmen als die Gegner. Glücklicherweise liegt in den Märzbeschlüssen des Bundesrates ein bereits laufendes Programm vor, das von weiten Kreisen als recht hart empfunden wird. Das Argument, wonach ohne Initiative «nichts gehe», fällt deshalb dahin.

Tod eines Magistraten

Trotz seines hohen Alters von 78 Jahren überraschend ist am zweitletzten Maisonntag alt Bundesrat Dr. h. c. Hans Streuli gestorben. Von Haus aus Architekt, wurde er 1935 in den Zürcher Regierungsrat gewählt, wo er als Finanzdirektor bald zum «starken Mann» wurde. Mit besonderem Erfolg präsierte er auch das Organisationskomitee der unvergesslichen «Landi» von 1939. Als nach dem überraschenden Rücktritt von Bundesrat Max Weber 1953 nach einem Zürcher als Nachfolger Ausschau gehalten wurde, fiel die Wahl auf Hans Streuli. In Bern gelang es ihm, in fünfjähriger Amtstätigkeit eine Bundesfinanzordnung zu realisieren, die in ihrem Grundriss noch heute Geltung hat. Das war nur möglich, weil er als Mann der Tat stets auf dem harten Boden der Wirklichkeit stehen blieb. Er galt als unbequem, aber seine Autorität war unbestritten, nicht nur wegen seiner präzisen Sachkenntnis, sondern auch wegen seiner persönlichen Integrität. So fiel ihm auch der Umgang mit den eidgenössischen Räten nicht allzu schwer, obwohl er nie einem Parlament angehört hatte: Sein politischer Weg führte vom Präsidium der Zürcher Seegemeinde Richterswil zum Regierungs- und dann zum Bundesrat, also von Exekutivamt zu Exekutivamt. Das prägte seinen Regierungsstil, und es prägte auch

seine Vorstellungen von der Staatsführung. So wie er selbst sich nie um Verantwortlichkeiten gedrückt, sondern sie geradezu gesucht hatte, so stellte er sich die Regierung vor: entschieden, stark und verantwortungsbewusst.

Es gehört mit ins Bild von Bundesrat Streuli, dass er sich auch im Ruhestand an Spielregeln hielt, wie sie ihm zur Würde des Magistraten zu gehören schienen: Er verzichtete auf einträgliche Stellungen in der Wirtschaft. Statt dessen unterzog er sich auch nach seinem Rücktritt nochmals dornenvollen öffentlichen Aufgaben. Als es galt, der angeschlagenen Bankenkommision neue Autorität zu geben, erging der Ruf an Dr. Hans Streuli. Als die Förderung der industriellen Atomtechnik aktuell wurde, übertrug man ihm 1961 das Präsidium einer entsprechenden Gesellschaft. Und als der schweizerische Freisinn eine Expertenkommission zu Fragen der Landesplanung einsetzte, machte er sich als Präsident mit Energie und Eifer ans Werk und sorgte für einen hervorragenden Bericht. Mit besonderem Nachdruck aber setzte er sich bis in die letzten Lebenstage hinein zugunsten der Pestalozzi-Stiftung für die Förderung der Ausbildung Jugendlicher aus schweizerischen Berggegenden ein, die er ebenfalls präsierte. Hier zeigte sich besonders einprägsam die feine Menschlichkeit, die den Kern dieses eher herb wirkenden Magistraten ausmachte.

Ruf nach Führung

Die Regierungsauffassung Hans Streulis, zu seinen Amtszeiten nicht immer übermässig populär, scheint heute breiteren Anklang zu finden, wenigstens in der Theorie. Auch aus einzelnen Bundesratsreden der letzten Zeit lassen sich Untertöne in dieser Richtung vernehmen. In der Tat ist es so, dass unsere Konkordanzdemokratie mit ihren wechselnden Mehrheiten und dem Kompromiss als politischem Hauptinstrument in ihrer Funktionsfähigkeit wesentlich von der Durchschlagskraft der Exekutiven abhängt.

Diesem Sachverhalt steht allerdings ein politischer Alltag gegenüber, der eher in die gegenteilige Richtung weist. Das fängt schon bei der Auswahl unserer Magistraten an. In der Vorselektion spielen zumeist Eigenschaften wie Konzilianz, Telegenität und persönliche Anpassungsfähigkeit die weit grössere Rolle als politisches Profil und Kampfesfreude. Und wenn dann trotzdem ein «harter» Mann auf der Bühne erscheint, so wird alles getan, um ihm seine Kanten zu schleifen.

Der Schweizer der Gegenwart steckt mit anderen Worten in einem fast unlösbaren Dilemma. Von Natur aus ist er autoritätsfeindlich, und sein politisches System ist entsprechend ausgestaltet worden. Andererseits spürt er doch, dass unsere Zeit oft andere, effektivere Regierungsmethoden brauchen würde. Das politische Klima in unserem Lande wird in Zukunft zu einem wesentlichen Teil davon abhängen, wie das Schweizervolk mit diesem Dilemma fertig wird.

Praktische Illustration

Eine eindrückliche Illustration zu diesem Thema stellt die Flugzeugbeschaffung dar, obwohl hier besondere Umstände vorliegen. Die Mirage-Affäre von 1964 hatte bekanntlich zur Folge gehabt, dass das Parlament seine Kontrolle zu verbessern suchte und dass Regierung und Verwaltung andererseits auf Methoden bedacht waren, die einen solchen Vorfall künftig verunmöglichen sollten. Die Folge war, dass die Beschaffungspolitik im Rüstungssektor ausserordentlich verfeinert wurde – mit dem Ergebnis, dass unser Land heute Gefahr läuft, in absehbarer Zeit eine beträchtliche Lücke in ihrer Luftverteilung zu haben. Denn die neuen Flugzeuge, welche die überalterten Venoms und Hunters ersetzen sollen, sind noch längst nicht in Sicht. Offenbar werden wir nun auf anderer Ebene erneut das Opfer unseres eigenen Perfektionismus: Das Mirage-Flugzeug wurde qualitativ so «verschweizert» und «umfunktioniert», bis es finan-

ziell aus den Nähten platzte. Nun haben wir Beschaffungsmethoden, die so fein gesponnen sind, dass anscheinend kein Flugzeugtyp gefunden werden kann, der allen – den Militärs wie den Politikern – «sicher» genug wäre. Der Mirage-Schatten

hat offensichtlich die Lust zur Verantwortung in diesem Bereich entscheidend gelähmt. Entschlossene Führung scheint hier noch nicht wieder das Gebot der Stunde zu sein.

Spectator

WIRTSCHAFTSCHRONIK

Exportdepot – zweite Auflage

Das «Drama» um das Exportdepot, das als ein Teil des umfassenderen Trauerspiels um die schweizerische Konjunkturpolitik zu betrachten ist, hat nun die erwartete Neuinszenierung erfahren. Der Bundesrat veröffentlichte am 15. Mai den *ergänzenden Bericht* zu einem Bundesbeschluss über die Erhebung eines Exportdepots. Die neue Konzeption trägt im wesentlichen der in der Öffentlichkeit und in den eidgenössischen Räten vorgetragenen *Kritik* Rechnung. Die wohl wichtigste Änderung bezieht sich auf die Heraufsetzung der Wertfreigrenze von 1000 Franken auf 5000 Franken. Damit wurden rund 70% der jährlich über 1,9 Mio. Frachtsendungen und 98% aller 900000 Postsendungen vom Depot ausgeschlossen. Wertmässig reduziert sich der Abschöpfungsbetrag um 82 Mio. Franken oder rund 8,7%. Sodann ist auch die Warenfreiliste ausgedehnt worden; ursprünglich erreichte der Wert der depotfreien Waren 917 Mio. Franken; er wird nun um rund 240 Mio. Franken erhöht.

Die neue Variante enthält weitere Erleichterungen. Einem Exporteur kann auf Gesuch hin ein Teil des Depots zurückerstattet werden, wenn dieser seinem Kunden einen langfristigen Lieferkredit einräumt, da der Exporteur im Zeitpunkt der Auslieferung der Ware, der die Depotpflicht begründet, nicht sofort in den Besitz des vollen Depotlöses gelangt. Ebenso sollen ausnahmsweise Exporteure in den Genuss der *vorzeitigen Rückerstattung* gelangen, wenn sie nachweisen können, dass sie Auslandsinvestitionen vornehmen und

diese nur durch Beanspruchung des ausländischen Kapitalmarktes bzw. durch die Inanspruchnahme des Depots zu finanzieren in der Lage sind. Weiter enthält die neue Variante eine *Notstandsklausel*.

Flexibler wird sodann der *Erhebungssatz* gestaltet, indem die vorgesehenen 5% als *Höchstsatz* deklariert werden. Für alle Wirtschaftszweige gilt dagegen weiterhin die lineare Abgabe. Im Sinne einer Diskontierung des Guthabens sind nun Abschreibungen von bis zu 25% des hinterlegten Betrages zulässig. Und schliesslich wird die Dauer des Bundesbeschlusses von 7 auf noch 5½ Jahre *verkürzt*, die Erhebungsdauer damit auf Ende 1972 limitiert und die Rückzahlung vor Ende 1975 veranlasst. Andererseits ist kein nach Warengruppen oder Branchen differenzierter Satz in Aussicht genommen. Nach der neuen Variante dürfte der Abschöpfungseffekt noch rund 860 Mio. Franken betragen, gegenüber rund 1 Mia. Franken nach dem ursprünglichen Vorschlag.

Das Exportdepot wird also die eidgenössischen Räte und auch die Öffentlichkeit weiter beschäftigen. Es wird allerdings kaum mehr sehr grosse Wellen werfen, da seine Wirkung nicht mehr sehr gross veranschlagt werden kann. Erstens ist diese Waffe nun *stumpfer* geworden und sodann hat sich in der Zwischenzeit die Wirtschaftslage so geändert, dass zur Bekämpfung der Inflationsgefahr offensichtlich eine breiter angelegte Abschöpfungsaktion notwendig wäre. Die schweizerische Konjunkturpolitik ist, das wird man einmal mehr als Fazit dieser Übung herausstellen haben, wieder einmal *zu spät* gekommen. Wird daraus wenigstens eine

grundsätzliche Besinnung auf die Notwendigkeiten der Konjunkturpolitik herauswachsen? Dies wäre wünschenswert, wenn auch die Hoffnungen relativ gering sind.

Anhaltende Boom-Situation in der Schweiz

Der Boom hat sich im ersten Quartal munter weiterentwickelt. Während er vom Exportsektor ausging, hat er nun sehr deutlich auf das *ganze Nachfragespektrum* übergegriffen. Von diesem Aspekten beurteilt ist es denn auch tatsächlich fraglich, ob das Exportdepot dem gegenwärtigen Verursachungsdiagramm noch entspricht. Die steigende binnenwirtschaftliche Nachfrage spiegelt sich insbesondere in einer sehr lebhaften *Investitionstätigkeit*, die nicht zuletzt zu einer Erhöhung der Einfuhren und damit zu einer zunehmenden Passivierung der Handelsbilanz beigetragen hat. Die Einfuhrausweitung erreichte im ersten Quartal 1970 nicht weniger als 29,2%. Auch der private Konsum an Gütern und Dienstleistungen haben gegenüber dem Vorjahr eine raschere Expansion eingeschlagen (+6,1%). Aber auch die Ausfuhrsteigerung (12%) hält sich auf einem weiterhin hohen Niveau. Sie ist der Reflex der nach wie vor guten Konjunkturlage in unseren wichtigsten Partnerländern.

Die Entwicklung der *Einzelhandelspreise*, so wie sie sich im Landesindex niederschlägt, ist wie in den Vormonaten *ruhig* verlaufen. Dagegen hat sich eine weiter akzentuierte Steigerung bei den Grosshandelspreisen eingestellt (+5,6% Ende April). Im Blick auf den hohen Nachfragedruck, die praktisch völlig aufgesogenen Reserven auf dem Arbeitsmarkt und das zunehmende Auseinanderklaffen der Einzelhandels- und der Grosshandelspreise muss gefolgert werden, dass in unserem Lande die Inflationsgefahr nicht nachgelassen hat.

Die Anspannungserscheinungen auf dem *Geldmarkt* blieben auch in den vergangenen Wochen bestehen. Die Liquiditätsverengung dürfte in erster Linie eine Folge des *Zinsgefälles* gegenüber dem

Auslande sein. Das Reparierungspotential ist aber sehr gross; aus ihm kann, allerdings zu steigenden Zinsen, mühelos jede binnenwirtschaftliche Kreditnachfrage befriedigt werden. Zudem ist ins Bild zu setzen, dass auch die defizitäre Handelsbilanz sowie die schlechten Zeichnungsergebnisse zur Mittelverknappung offenbar beigetragen haben. Es ist nicht erstaunlich, dass unter diesen Umständen die Zinssätze einen Aufwärtstrend einhalten.

Die Wirtschaft unseres Landes befindet sich also noch immer im Sog einer ausgesprochenen *Expansion*, die einen deutlich stabilitätsgefährdenden Charakter hat. Es ist unmittelbar einsichtig, dass in einer solchen Lage eine weitere Einengung des Arbeitsmarktes (Schwarzenbachinitiative) die Neigung zum Ungleichgewicht verstärken müsste. Die Kommission für Konjunkturfragen glaubt annehmen zu können, dass sich die hohe wirtschaftliche Aktivität *fortsetzen*, vermutlich noch verstärken wird. Das Handelsbilanzdefizit dürfte sich erhöhen und damit die Ertragsbilanzüberschüsse dahinschmelzen lassen. Das deutlicher werdende Missverhältnis zwischen Nachfrage und den Möglichkeiten zu ihrer Befriedigung dürfte sich nach der Konjunkturkommission in einer Verlängerung der Lieferfristen, in einer Aufstauung von Bauvorhaben und in einem neuen Anstieg der Grosshandels- und Baupreise niederschlagen. Das Problem einer angemessenen Konjunkturstabilisierung hat also nichts an Aktualität eingebüsst.

Integration und EFTA-Minister-Konferenz

Mit der Ansetzung der Beitrittsverhandlungen zwischen der EWG und Grossbritannien auf Ende Juni hat auch die *schweizerische Integrationspolitik* wieder an Bedeutung gewonnen. In einem Vortrag hat der Chef der Permanenten EFTA-Delegation, *Botschafter Pierre Languetin*, darauf hingewiesen, dass unter den neuen Voraussetzungen ein Gespräch zwischen der Schweiz und der EWG im Herbst dieses Jahres wieder aktuell werden könnte.

Es würde sich dabei vorerst um eigentliche *Sondierungen* handeln; es müssen vor allem die Grundlagen und Möglichkeiten eines Übereinkommens festgelegt und abgeklärt werden.

Nach Botschafter Languetin besteht gute Aussicht dafür, ein konstruktives Gespräch in Gang zu bringen, da das wirtschaftliche Gewicht unseres Landes auch für die EWG keineswegs gering einzuschätzen ist und die schweizerische *Neutralitätspolitik* für die EWG nach der Haager-Konferenz kein allzu grosses Problem mehr darstellen sollte.

Auch an der *EFTA-Minister-Konferenz* vom 15. Mai in Genf wurde die neue integrationspolitische Situation durchleuchtet. Bundesrat *Graber* hob dabei hervor, dass das Neutralitätsstatut der Schweiz ein Verhalten unseres Landes verlange, das keine Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Neutralitätspolitik zulasse. Eine Mitarbeit der Schweiz an der europäischen Integration müsse stets unter diesem Zeichen stehen. Der Wille der Schweiz, am gemeinsamen Werk teilzunehmen, finde seine Grenzen am Festhalten an den demokratischen und föderalistischen Einrichtungen unseres Landes sowie an der Neutralitätspolitik. – Die EFTA-Minister-Konferenz gab schliesslich nach einer eingehenden Aussprache der Hoffnung Ausdruck, dass auch für jene Länder, die sich nicht als EWG-Beitrittskandidaten deklariert haben, spezielle Arrangements gefunden werden könnten.

Verschlechterung der amerikanischen Zahlungsbilanz

Die amerikanische Zahlungsbilanz hat sich im ersten Quartal dieses Jahres wieder stark *verschlechtert*. Sie verzeichnet auf Grund der Liquiditätsrechnung und nach saisonalen Berichtigungen einen Fehlbeitrag von 1727 Mio. \$; nach Massgabe der «Official Settlements Balances» wird sogar ein Defizit von 3096 Mio. \$ ausgewiesen, was einem neuen Rekord gleichkommt. Da sich die Liquiditätsbilanz auf die Veränderungen der Währungsreserven sowie

auf diejenigen der kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber allen Ausländern stützt, kann sie als Indiz für die Grundhaltung des Dollars betrachtet werden. Es wird zwar andererseits sicherlich mit einem gewissen Recht auch immer mehr hervorgehoben, dass die Aussagekraft der Liquiditätsbilanz durch die Sondertransaktionen zwischen den Währungsbehörden und durch die gegenläufigen Ströme im Zusammenhange mit dem Eurodollarmarkt an Bedeutung für die Beurteilung des Dollars verloren habe. Trotzdem ist natürlich nicht von der Hand zu weisen, dass diese Wendung der «Dinge» die amerikanische Wirtschaftspolitik weiter kompliziert.

Das COMECON im Engpass

Die osteuropäische Integrationspolitik, die sich im Schicksal des COMECON kristallisiert, befindet sich seit einiger Zeit in einem *Engpass*. Obwohl die Zwistigkeiten nach aussen sorgfältig abgeschirmt werden, ist es doch längst kein Geheimnis mehr, dass unter den COMECON-Partnern tiefgreifende Divergenzen über den einzuschlagenden Integrationsweg bestehen. Sie gehen letztlich auf die Ära Chruschtschew zurück, als die Sowjetunion mit dem «kühnen» Vorstoss an ihre COMECON-Partner herantrat, die osteuropäische Integration auf eine supranationale Basis zu stellen. Dieser Vorschlag stiess aber auf die heftige Opposition vor allem der Rumänen, die durch die wirtschaftlichen Hegemonieansprüche der Sowjetunion ihre eigenen Entwicklungspläne in Frage gestellt sahen.

Seither hat sich die Front der Skeptiker noch verstärkt; die Positionen verhärteten sich. Auch der neueste Versuch, das gestrandete COMECON-Schiff wieder flott zu machen, scheiterte; er wurde in der zweiten Mai-Woche mit Hilfe einer COMECON-Gipfel-Konferenz in *Warschau* unternommen. Drei grosse Problemkreise standen zur Diskussion, nämlich – eben – die Überführung des COMECON in eine supranationale Behörde, die Lockerung der starren Währungsordnung durch

einen partiellen Übergang einzelner Ostblockwährungen zu einer blockinternen Konvertibilität sowie die Vertiefung und Systematisierung der blockinternen industriellen Arbeitsteilung auf dem Boden einer überregionalen Planung.

Keines dieser Probleme konnte indes einer Lösung nähergeführt werden. Die Frage der Supranationalität stiess weiterhin auf eine mehrheitliche *Ablehnung*, weil selbst im Geiste des «brüderlichen proletarischen Internationalismus» eine Zementierung der wirtschaftlichen Vormachtstellung der Sowjetunion im COMECON-Raum für die übrigen sozialistischen Länder suspekt erscheint. Supranationalität aber wäre die Voraussetzung für eine Etablierung einer überregionalen Planung, in die eine konzeptionell durchdachtere Arbeitsteilung hätte eingelassen werden können. Da aber die Absicht besteht, diese Arbeitsteilung auf dem *gegenwärtigen* Entwicklungsstand der einzelnen Länder aufzubauen, hätte sich dieses Konzept einseitig zugunsten der entwickelten Staaten auswirken müssen. Die weniger entwickelten Länder wären auf ihrem Stand sozusagen «eingefroren» worden. Bei der Ablehnung mag wohl auch die Befürchtung mitgespielt haben, dass die Sowjetunion versuchen werde, ein mit supranationalem Leim zusammenge kittetes COMECON für politische Zwecke zu missbrauchen.

Und auch die *Währungspolitik* konnte nicht deblockiert werden. Die Herstellung einer auch nur angenäherten Konvertibilität zwischen den Ostblockstaaten hätte

zur Voraussetzung, dass vorerst eine Entzerrung der nationalen Preisstrukturen erfolgen würde. Erst dann könnten nämlich einigermaßen sinnvolle Wechselkurse festgelegt werden. Preisreformen gehören aber im Ostblock zu den dornenvollsten Aufgaben. Es kann deshalb nicht verwundern, dass die Ergebnisse der Warschauer Tagung eher *mager* ausgefallen sind. Sie beschränken sich im Übereinkommen, ein Institut zur Prüfung der in den sozialistischen Ländern bestehenden Wirtschaftsfragen ins Leben zu rufen. Die Probleme werden also einmal mehr auf die lange Bank der Experten geschoben, obwohl die vitalen Probleme, die sich in diesem Zusammenhang stellen, durchaus politischer Natur sind. Ausserdem soll eine COMECON-Investitionsbank gegründet werden. Es ist nicht allzuschwer vorauszusagen, dass diese Investitionsbank unter den Bedingungen der gegebenen Wirtschaftsordnungen keine allzu grossen Entwicklungsmöglichkeiten haben wird. Internationale Arbeitsteilung ist in erster Linie internationale *Investitionspolitik*; deshalb werden sich die bestehenden Probleme voll auch auf die Tätigkeit dieser Investitionsbank übertragen. Und von der Empfehlung des COMECON an die nationalen Planungsbehörden, ihre Tätigkeit direkt durch eine intensivere Kontaktnahme zu synchronisieren, ist ohnehin nicht viel zu halten; sie ist mehr verbaler, rein deklaratorischer Natur. Das COMECON tritt weiterhin an Ort.

Oeconomicus

ATOMENERGIE

Entwicklungstendenzen 1970 bis 1980

Anfangs Mai 1970 konnten die Nordostschweizerischen Kraftwerke in einer Feier zur Einweihung des Atomkraftwerkes Beznau I Rückschau auf ein überaus erfolgreiches Bauprojekt halten: Der Auftrag für den Bau des Atomkraftwerkes Beznau I

war am 1. August 1965 erteilt worden. Nach dem ersten Spatenstich am 6. September 1965 verlief der Bau ohne wesentliche Zwischenfälle. Schon 47 Monate nach Vertragsabschluss wurde der Reaktor zum ersten Mal «kritisch» und nach Abwicklung einer intensiven Test- und Versuchsperiode konnte am 6. September 1969, ge-

nau 4 Jahre nach Baubeginn, die regelmässige Erzeugung elektrischer Energie aufgenommen werden. Schon wenige Monate später wurde nach weiteren Versuchen zum ersten Mal die volle Leistung erreicht. Das Werk hat im vergangenen, ungewöhnlich trockenen und kalten Winter 1969/70 bereits wesentlich mehr als eine Milliarde Kilowattstunden erzeugt und damit einen bedeutenden Beitrag zur Energieversorgung des von den NOK belieferten Gebietes beigetragen.

Aber nicht nur für die Elektrizitätsversorgung unseres Landes hat das Zeitalter der nuklearen Stromerzeugung begonnen. Unsere Industrie hat, aufbauend auf der Arbeit am Projekt Lucens, am Bau des Atomkraftwerkes Beznau I wesentlich mitgewirkt, und sie hat auch zunehmend, in der Schweiz und in verschiedenen anderen Ländern, mit Lieferungen für Atomkraftwerke zum Zuge kommen können.

Im übrigen hat nicht nur in der Schweiz, sondern weltweit der lang erwartete Durchbruch der Atomkraftwerke in den Jahren 1966 bis 1969 stattgefunden. Atomkraftwerke haben die technische Maturität und Zuverlässigkeit erreicht, die für den Einsatz im Kraftwerksbetrieb erforderlich sind. Der Baubeschluss für Beznau I war 1965 kühn und weitblickend, heute stehen Dutzende solcher und grösserer Werke im Bau oder in Konstruktion.

Daher mag jetzt, zu Beginn der siebziger Jahre, der Zeitpunkt geeignet sein, sich zu fragen, ob eine Prognose für die in den nächsten 10 bis 15 Jahren zu erwartende Entwicklung möglich sei. Der Verfasser glaubt, dass dies in der Tat der Fall ist und dass die im folgenden skizzierten Entwicklungen klar erkennbar sind.

Die Leichtwasser-Reaktoren

Die gegenwärtig den Markt beherrschenden, mit leicht angereichertem Uran betriebenen Leichtwasserreaktoren (Siedewasserreaktor und Druckwasserreaktor) werden weiter vereinfacht und vervollkommen werden und so hohe Wirtschaftlichkeit und Zuverlässigkeit erreichen, dass sie minde-

stens bis tief in die achtziger Jahre hinein erstellt und jedenfalls bis über das Jahr 2000 hinaus in Betrieb stehen werden.

Die errichteten Leichtwasserreaktoren werden, wenigstens in der Nähe von grösseren Lastzentren, in immer grösseren Einheiten gebaut werden. Die Errichtung von Kraftwerken, welche rund 3000 bis 4000 MW thermischer Leistung in *einem* Reaktor erzeugen und diese in *einer* Turbo-Gruppe zu 1000 bis 1300 MW elektrischer Leistung verarbeiten, wird schon heute in Angriff genommen. Es ist zu erwarten, dass bis Ende der siebziger Jahre diese Werte verdoppelt werden.

Die fortschreitende Erhöhung der Zuverlässigkeit und die Vergrösserung der Einheitsgrösse der Kraftwerke werden zu abnehmenden Erzeugungskosten für Grundlastenergie führen.

Bis 1980 werden natriumgekühlte schnelle Brüterreaktoren und heliumgekühlte Hochtemperaturreaktoren, vielleicht teilweise in direktem Kreislauf an eine Gasturbine gekoppelt, zur Kraftwerksreife entwickelt sein. Diese Reaktoren werden zu besseren Wirkungsgraden der Kraftwerke und zu besserer Brennstoffausnutzung bzw. zum Erbrüten weiteren spaltbaren Materials führen.

Moderne Reaktortypen

Heliumgekühlte Hochtemperaturreaktoren könnten durchaus im Laufe der siebziger Jahre von Kraftwerksgesellschaften in grösserem Stil zur Energieerzeugung eingesetzt werden.

Standorte für Atomkraftwerke

Im Verlaufe der siebziger Jahre sind auf dem Gebiet der Standortwahl folgende wichtige Entwicklungsschritte zu erwarten: Atomkraftwerke werden nahe bei, womöglich sogar mitten in Städten errichtet werden; Atomkraftwerke werden ferner mitten in Industriekomplexen errichtet werden und schliesslich auch zunehmend nicht nur an grösseren Wasserläufen aufgestellt, sondern mit Kühltürmen ausgerüstet und da-

durch von der Bereitstellung von grossen Kühlwassermengen unabhängig werden.

Die Prozesswärme

Aus der zu erwartenden grösseren Freiheit bei der Standortwahl folgt als weitere, zuverlässige Vorhersage: Atomkraftwerke werden als Energiequellen für Prozesswärme verwendet werden, häufig in Zwei-Zweck-Anlagen, das heisst in Anlagen, die nur einen Teil des mit nuklearer Energie produzierten Dampfes in Turbinen zur Erzeugung elektrischer Energie verwenden und den restlichen Dampf an wärmeverbrauchende industrielle Prozesse abgeben.

Die Verwendung der nuklearen Prozesswärme wird in zwei Schritten erfolgen:

Im Lauf der siebziger Jahre werden die dann vorherrschenden Leichtwasserreaktoren Prozesswärme auf einem Temperaturniveau von ca. 250 bis 270°C liefern. Aus Sicherheitsgründen werden hierfür Druckwasserreaktoren bevorzugt werden.

Einen ersten bedeutenden Schritt in diese Richtung stellt der kürzliche Beschluss der Badischen Anilin- und Soda-fabriken (BASF) dar, inmitten ihrer Werke in Ludwigshafen einen Druckwasserreaktor für die Erzeugung von 600 MW elektrischer Leistung zu errichten. Der Reaktor wird einen Teil der produzierten Wärme in Form von Heizdampf an die Produktionsanlagen der BASF liefern.

Gegen Ende der siebziger Jahre und in den achtziger Jahren werden die heliumgekühlten Hochtemperaturreaktoren oder die natriumgekühlten schnellen Brüterreaktoren die Errichtung von Anlagen ermöglichen, welche auf wesentlich höherem Temperaturniveau, das heisst bis etwa 600 bis 700°C Prozesswärme abgeben können. Im Laufe der achtziger Jahre können vielleicht Reaktoren mit ca. 1000°C Kühlmittelaustrittstemperatur erwartet werden.

Sobald Temperaturen dieser Grössenordnung erreicht werden, steht dem Eindringen nuklearer Prozesswärme zum Beispiel in die Eisenverhüttung nichts mehr im Wege. In Japan besteht schon heute ein Projekt, nukleare Wärme zur Vorwärmung

des Gebläsewindes im Hochofen einzusetzen und auf diese Weise die eingesetzte Menge Koks auf die für die chemische Reduktion erforderliche Menge zu reduzieren. Eine Versuchsanlage soll bis 1972 in Betrieb genommen werden.

Der Bedarf an Fachpersonal

Die Disziplin «Nuclear Engineering» wird in den siebziger und achtziger Jahren mehr und mehr zu einem Zweig werden, auf welchen Elektrizitätswerke und Ingenieur- und Industrieunternehmen, welche im Energiegeschäft stehen, nicht verzichten können. Schon heute sind neben Elektrizitätswerken viele «Architect-Engineers» in den USA und in Europa auf diesem Gebiet tätig und benötigen mehr und mehr geschultes Personal.

Die zunehmende Verwendung nuklearer Prozesswärme wird auch weitherum in der chemischen und Hüttenindustrie zu einem Bedarf an Nuklear-Ingenieuren führen.

Die Reinerhaltung der Luft

Atomkraftwerke werden praktisch ohne Abgabe von Gasen betrieben, und sie vermögen daher in grösseren städtischen oder industriellen Agglomerationen einen wesentlichen Beitrag zur Verhinderung weiterer Luftverschmutzung zu leisten.

Die nukleare Industrie ist dank höchster Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit der Konstrukteure und Betreiber und unter strenger Aufsicht durch die Behörden ohne wesentliche Unfälle den Kinderschuhen entwachsen.

Es gilt, auch wenn manches zur Routine werden wird, den hohen Sicherheitsstand zu erhalten und ohne Unfälle dem Menschen das Lebensblut des modernen Daseins zu liefern: *Energie*. Die Atomenergie wird vom Beginn der siebziger Jahre an in rascher Entwicklung an Bedeutung zunehmen und einen wesentlichen Platz in der Energiewirtschaft einnehmen.

Heinz Albers